

Seine (Wahl) lehnte sich für Erbberger ein, der immer ein Kämpfer gegen den Militarismus gewesen sei. Die Entente liege gegen das deutsche Volk und nicht gegen einen einzelnen Untertänler.

Ebert hat um die Erlaubnis, den Gefandten Deutsch-Oesterreich, Rado Hartmann, vorstellen zu dürfen, der als Gast der Versammlung beiwohnen werde. Hartmann dankte für die freundliche Begrüßung und betonte, es dürfe seine Präjudiz sein, wenn er heute als Gast hier weile, er fühle sich schon völlig zugehörig. (Bravo.)

Gellner (Gotha) fand die Verteidigung seines erklärlich, da Erbbergers Sünden auch Gellners Sünden seien. Er sehe das Programm in der Frage: Ist uns der Frieden lieber als der Sozialismus? Man müsse für die Sozialisierung sein selbst dann, wenn man sich dadurch eine feindliche Beziehung zuziehe. Ihm liege das Volk über dem sogenannten Vaterland und dem Volke könne nur der Sozialismus helfen.

Leppin (Gotha) erklärte: Soll wir im Interesse des Friedens als Sozialisierung hinstellen, wogegen schärfste Bemerkungen einzulegen sei, ebenso wie gegen die Einschränkung der Arbeiter- und Soldatenräte durch die Zentralstelle. Die Nationalversammlung kann zurückgedrängt werden bis die Vorbereitungen für sie geschaffen sind. An die Einbeziehung des Reichstags ist nicht zu denken, denn er ist mit dem alten Regime gefesselt. Die sächsische Regierung will zur einheitlichen deutschen Republik kommen, und zwar unter Ausschlag von Deutsch-Oesterreich. Alles andere ist als Provisorium zu betrachten. Eine Ausschließung des Sozialismus zu Gunsten des Friedens darf keinesfalls stattfinden.

Beigeordneter im Anwaltigen Amt Kautsky unterfuchte Eisners Forderung nach einer Regierung, die von dem Mehrheitswillen getragen sei und keine kompromittierenden Männer enthalte. Die Friedensbedingungen würden nicht so hart sein wie die Waffenstillstandsbedingungen. Der Sozialismus sei allerdings die Aufgabe der Männer der Regierung, diese aber nicht von den einseitigen Kriegshetzer getrieben werden. Er bedauerte, daß die noch nicht festgenommen seien, die durch die eben veröffentlichten bayerischen Berichte so schwer kompromittiert seien. Dies würde dem Frieden wahrhaft dienen.

Ulrich (Hessen) erklärte: Das alte Regime sei durch die Soldaten gestürzt worden, denen sich dann die Arbeiterträte angeschlossen hätten. Der Kapitalismus müsse liquidiert werden aber erst handle es sich um den Frieden. Untankompromittierte Leute seien zu seiner Verwirklichung gut, aber diese Leute selbst unter den Anhängigen schwer zu finden. Das Reich müsse leben, aber eine Berliner Diktatur gefährde es auf das schwerste. Wir wollen nicht von Berlin los, sondern mit Berlin gemeinsam arbeiten. Bis zur Nationalversammlung seien die Arbeiter- und Soldatenräte deren Ersatz. Daß die Regierung die alten Männer zum Teil im Amte behalte, sei doch selbstverständlich, ebenso wie die Beibehaltung einzelner Bundesratsmitglieder als Informatoren der Einzelstaaten. Söddeutschland sei für die größte Beschleunigung der Nationalversammlung in Baden seien die Wahlen zur Landesversammlung auf den 5. Januar festgelegt. Württemberg werde sich ebenfalls, im Heffen werde der Termin Mitte Januar sein. Gegen das von Eisner vorgeschlagene Provisorium habe er nichts einzuwenden.

Berstein wandte sich gegen die Auffassung, als wenn man erst den Sozialismus durchführe und dann zum Frieden kommen müsse. Unter weisheitsvollem vollkommendäufiges Leben sei unmöglich in ganz kurzer Zeit zu sozialisieren. Die wichtige Frage sei die, so schnell wie möglich zum Frieden zu kommen. Er betrachte es als ein Unglück, daß man Verhandlungen mit der Führung der Waffenstillstandsverhandlungen beauftragt habe, die fast beiseite seien und sich von den Methoden des alten Systems zu sehr befangen gezeigt hätten. Die Waffenstillstandsbedingungen wüßten seiner Ansicht nach auf die sozialen Verhältnisse nicht zu präjudizieren, wie allgemein angenommen werde. Er wüßte schließlich, Männer zu den Verhandlungen zu schicken, die einmal das Vertrauen der Gegenparteigewissen und sich andererseits auf die Mehrheit des Volkes stützen, die ihren Willen wiederum nur durch die Nationalversammlung geltend machen könne.

Seemann (Württemberg) erklärte: In der Forderung nach untankompromittierten Männern sind wir uns alle einig, ebenso erhebt sich die Forderung richtig, daß für den Abschluß des Friedens eine unangefochtene Zentralgewalt nötig ist. Den Frieden brauchen wir nach überwiegender Ansicht sobald wie möglich. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben die Revolution geschaffen und bestehen daher zu Recht. Aber mit dem Sten der Revolution muß auch ihre Umwandlung kommen. Sie sind ein Provisorium bis zur Schlußfrist einberufenden Nationalversammlung. Gehört der Berliner Versuch, diese zu verzögern dann liegt der Sozialismus. Württemberg sieht durchaus auf dem Boden der Reichseinheit, aber wir brauchen Ordnung und gesicherte Lebensmittelverhältnisse. Ueber uns geht die Soldatenwelle am stärksten hinweg. Wir haben viele Tausende von einflussreichen Flüchtlingen zu verzögern. Wir haben keinen Zweifel daran, daß wir auf dem Boden der Demokratie und des Sozialismus stehen und nur geringen Widerstand gefunden.

Von anderen hörte noch Landsberg aus: Eisner müsse untankompromittierte Kräfte als Friedensunterhändler, erklären aber selbst, daß es fraglich sei, ob diese weitere Widerstände erzielen könnten. Die bisherigen Widerstände und die Lebensmittellage seien den alten Männern gewährt worden und entgegen Eisner und Bernstein halte er diese Bedingungen für unentzählich. Die zweite Forderung Eisners, daß die Regierung von dem Mehrheitswillen getragen werden müsse, antwortete er völlig, das hieße aber nichts anderes, als schleunige Einberufung der Nationalversammlung.

Um 1 Uhr wurde die Sitzung bis 3 Uhr nachm. ausgesetzt.

In der Nachmittagsitzung einigte man sich auf folgende Forderungen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme gehen geschlossen zu

deutschen Republik. Sie verpflichten sich, lediglich im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.

2. Die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Wunsch der Reichseinheit, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst durchzuführen.

3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens.

4. Die Reichseinheit wird erstrebt, auf die schleunige Durchführung eines Präliminarfriedens hinarbeiten.

Nord Schleswig abgetreten.

Berlin, 22. Nov. (WZ). Wie die „Teichhof Nachrichten“ aus Söcker Quelle vernahmen, ist Nord Schleswig schon abgetreten. Die Kaiserliche Landwehr-Abteilung-Sonderburg soll die Grenze bilden. Es sind danach also abgetreten die ganzen Kreise Sonderburg und Habersleben und der nördliche größere Teil der Kreise Zondern und Apenrade. Ob die Abtretung von der waldeländisch, dänisch zusammengesetzten A. u. S. Räten der beteiligten Kreise vorgenommen wurde, oder ob sie auf Anweisung von Berlin erfolgte, steht noch nicht fest. Sicher darf man annehmen, daß sie durch einen Mandat und nicht durch Volksabstimmung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes erfolgt ist. Nach einer Meldung aus Apenrade teilte der Reichstagsabgeordnete Hansen gestern auf einer Volksversammlung ein Schreiben mit, daß ihn von Dr. Wolf am 14. November jugenommen sei und besagt, daß die deutsche Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß auch die nordfriesische Frage in Vereinbarung mit dem Friedensprogramm Wilsons auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes gelöst werden sollte. Im Anschluß hieran teilte Hansen mit, daß an einem der nächsten Tage unter Hinweis auf dieses Schreiben durch den dänischen Gesandten in Berlin die Anfrage an die deutsche Regierung gerichtet werden solle, ob Dänemark Nord Schleswig annehmen würde, wenn dieser Vorschlag bei der bevorstehenden Zustimmung für die Wiedervereinigung mit Dänemark annehmen sollte. Der Vorstand und die Vertrauensleute des Wählervereins nahmen mit 57 gegen 2 Stimmen eine Resolution an, die den Wunsch ausdrückt, daß die nordfriesische Frage demnächst gelöst werde, daß Nord Schleswig, besonders von der Insel, die von Hönning zur Hüllbörger Riede bis zur Küstengebietstrecke, Erbburg zur Grenzstation nach, danach südlich Goozels nach Nordsee und schließlich längs Stehwallen und Wdoaner zur Nordsee, als Grenze darüber abstimmen soll, ob es eine Wiederbindung oder Wiedervereinbarung mit Dänemark wünscht oder nicht. Die beiden Väter, die gegen die Resolution stimmten, traten der Resolution jedoch unter Vorbehalt betreffend Hönning und das umliegende Gebiet bei.

Pogrome in Galizien.

Krales, 22. Nov. (WZ). Die galizischen Zeitungen berichten über Judenpogrome in Galizien. In den letzten zwei Wochen haben in einer großen Zahl galizischer Ortlichkeiten Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung statt. Wie die „Proletar Zeitung“ „Pogromy“ mittels, fanden solche Pogrome in Olizowa, Dobro, Grodzisko, Jowoniz, Jomoro, Nisko, Morawica, Nowosadow, Strajson, Steslawow, Tschelina, Jator, Tarnow, Gorizia und vielen anderen Orten statt. In allen diesen Ortlichkeiten und Städten wurden viele Juden mißhandelt und zum Teil getötet. Ueberall wurden sämtliche jüdische Läden und viele Privatwohnungen geplündert. Die jüdische Bevölkerung all dieser Städte wurde gezwungen sie zu verlassen und befindet sich in einer fürchterlichen Lage. Die Ausschreitungen gehen überall von der polnischen Bevölkerung aus. Die polnische Witz und die Regierende verhalten sich vollkommen passiv, zum Teil haben sie sich an den Ausschreitungen beteiligt: in manchen Städten entzweifelten sie die dort gebildete jüdische Selbstwehr vor den Ausschreitungen. Die Erregung in der ganzen polnischen jüdischen Bevölkerung ist groß. Von verschiedenen Seiten gingen bereits Telegramme an Wilson und neutrale Staaten mit der Bitte zur Intervention ab.

Gegen den Volkshewismus.

Romno, 22. Nov. (WZ). Der Soldatenrat von Romno hat an die Berliner Regierung folgende Mitteilung gelangen lassen: Die gestrige Verlesung der Delegierten des großen Soldatenrates hat folgende Resolution einstimmig angenommen und sie der Reichsfinanz telegraphisch übermittelt:

„An Scheidemann, Reichsfinanz, Berlin.

Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir wollen keine Diktatur, von wo sie auch kommen mag. Wir werden uns nicht einer Partei, die nicht das ganze Volk repräsentiert, fügen. Wir wollen, daß der Wille des gesamten Volkes geschieht. Dazu brauchen wir die konstituierende Nationalversammlung auf Grund des allgemeinen, gleichen und gleichen Wahlrechts. Wir wollen nicht, daß die Diktatur über unser Schicksal entscheidet und der Nationalversammlung bestenfalls die Sanktion des Staatsstreikes überläßt. Und darum erklären wir, daß wir die Regierung, und nur sie, voll und ganz unterstützen, verlangen aber von ihr die Erfüllung, daß sie nur provisorisch ist bis zur möglichst schnellsten Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung, die dem Reich eine Verfassung und Regierung geben soll. Der Vollzugsbefehl des Arbeiter- und Soldatenrates hat kraft seiner revolutionären Mandatsbefugnis das Aufsichtrecht über die Regierung, darf aber die exekutive Gewalt derselben nicht einschränken. Er soll erklären, daß er keine politische Verantwortlichkeit ist und daß die ganze politische Gewalt in den Händen des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit liegt.“

Arbeitsgemeinschaft ländlicher Arbeitergelehrter und -nehmer.

Berlin, 24. Nov. (WZ). (Nichtamtlich.) In gemeinsamer Sitzung vom 19. November haben sich die großen landwirtschaftlichen Organisationen, vertreten durch den Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft und die Verbände der landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten, zu einer Arbeitsgemeinschaft ländlicher Arbeitergelehrter und Arbeitnehmer vereinigt. Die Arbeitsgemeinschaft ist auf paritätischer Grundlage errichtet. Sie soll den Blick für ein gemeinsames, von gegenseitlichem Vertrauen getragenes Zusammenwirken von ländlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und zugleich einen zusammenfassenden Mittelpunkt für die Verbände der einzelnen Verbände bilden. Der landwirtschaftliche Beruf mit seinen zahlreichen Zwischengliedern zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und dem engen Zusammengehörigkeitsgefühl aller seiner Glieder erfordert in die ferneren Zeiten vor allem eine Zusammenfassung der Kräfte um in gemeinsamer Arbeit an dem Wiederaufbau des Wirtschaftens auf dem Lande und an der Verbesserung der bestehenden Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Lande mitzuwirken. Die Arbeitsgemeinschaft bildet zugleich einen Zentral-Büro und Zentral-Ausschuss. Die anstehende Stelle befindet sich in Berlin SW 9, Adenauerstraße 19. Die Ausschreibung besonderer Lösungen für die Arbeitsgemeinschaft bleibt späterer Zeit vorbehalten.

Die Sozialisierung der Großbetriebe.

Berlin, 24. Nov. (WZ). Der preussische Finanzminister Simon befragt mit dem Schriftleiter des volkswirtschaftlichen Zeitschrift „Deutsches Allgemeines Zeitung“ das Problem der Vergeßlichkeit und erklärte u. a.:

Schon die Tatsache, daß die Regierung eine besondere Kommission gerichtet hat, in der hervorragende deutsche Volkswirte und zwar sowohl Männer des praktischen Wirtschaftslebens als auch der Wissenschaft sitzen, beweist deutlich, daß die Erwerbswirtschaft wie sie in Richtung genommen werden, vernichtet werden sollen und daß insbesondere gefährliche Uebergriffe von vornherein verhindert werden. Als die oberste Forderung sehe ich die ununterbrochene Fortführung der Produktion an. Es wird besonders Wert darauf zu legen sein, daß durch die Verstaatlichung keine Unterbrechung der bisherigen Tätigkeit eintritt, denn wir haben alle gleiches Interesse an der bisherigen Geschäftsführung. Wir müssen nicht nur eine einheitlich organisierte Produktion einführen, sondern zugleich auch ein durchdachtes System, das bei kleinstem Aufwand höchste Erträge gibt. Anstelle der Verstaatlichung, die bisher getrieben worden ist, muß rationelle Ausnutzung aller Möglichkeiten treten. Das Tempo wird so sehr beschleunigt wie nur möglich, denn Arbeiter und Unternehmer haben in gleicher Weise ein Interesse daran, daß Klarheit darüber geschaffen wird, in welcher Weise die Produktion organisiert werden kann. Meine persönliche Ansicht geht dahin, daß man nur die Betriebe verstaatlichen, die dazu reif sind. Man spricht mit Recht von der Verstaatlichung der Wasserindustrie. Man erwartet auch die Sozialisierung der Elektrizitäts-Industrie. So wird man insbesondere daran denken, Stromgewinnung für den Staat nutzbar zu machen. Alle Monopol-Produkte wie Kohle, Kali usw. gehören unter allen Umständen der Allgemeinheit. Ich denke in erster Reihe an die großzügige Reform der Bodenverteilung, ferner an eine rationellere Ausnutzung der Gemeinindustrie, der Ziegeleien und dergleichen, wovon der gesamte Baumarkt gleichen Nutzen haben wird. Auch kann man erwägen, gewisse Formen des Großhandels der Allgemeinheit nutzbar zu machen, sei es in Verteilungstellen. Am leichtesten wird die Sozialisierung dort vor sich gehen, wo es sich um den Erwerb von Privatmonopolen durch Staatsmonopole handelt, wie z. B. in der chemischen Industrie und dergleichen. In Betracht kommen nur solche Betriebe, bei denen sichere Aussicht besteht, daß Gewinn erzielt wird. Große Schächter für leitende Persönlichkeiten werden sich ohne Gefahr für die Leistungsfähigkeit der Betriebe finden lassen zu Gunsten besserer Entlohnung der Arbeiter und Angestellten. Wir denken gar nicht an Gewaltmaßnahmen. In Betracht kommt nur Enteignung, keine Konfiskation. Ich denke mir die Entwicklung so, daß bei jeder Unternehmung die Entscheidung von Volk zu Volk festgesetzt wird. Ist dieser Wert festgesetzt, dann würde ich vorschlagen, daß man eine besondere Instanz eine Nationalisierungsinstanz, schafft deren ausschließlicher Zweck ist, dem Staate die Mittel zu geben, die er zur Durchführung des Vergeßlichkeitsprogramms braucht.

Die Forderung der Spartakus-Gruppe auf Annahmierung der Kriegsanleihe über 1000 Mark bezieht sich Simon in dieser Hinsicht als ganz unzulässig. Denn welche Bereitschaft liegt darin, wenn man einem Manne, der kein mühsam erarbeitetes Geld im Betrage von 20000 Mark in Kriegsanleihen angelegt hat, 15000 Mark fortnimmt, während man dem Kriegsgeldnehmer, der 50000 Mark in Aktien einer Kriegsgeldanstalt anlegt, sein Geld läßt? Die Verbände der Spartakisten, Krankenkassen, Invalidenversicherung usw. würden dadurch aufgehoben zu existieren, was für die Arbeiterschaft einen unangenehmen Verlust bedeuten würde. Wenn das Reich Geld braucht, so muß es sich selbst im Wege der Besteuerung beschaffen, nicht im Wege der Annahmierung von Anleihen. Die Besteuerung wird so sein, daß sie dem Verhältnismäßigkeitsprinzip entspricht und den notwendigen sozialen Ausgleich bringt. Das ist im Interesse der breiten Massen es unbedingt für nötig halte, die indirekten Steuern möglichst vollkommen abzubauen, so denke ich an die Notwendigkeit durchgreifender Einkommen- und Vermögenssteuern. Ferner muß das Erbrecht in weitestem Maße reduziert werden, jedoch auf diese Weise schon automatisch die großen Kapitalisten bejeitigt werden. Die Sozialisierung dürfte

Beibehaltung derselben, denn sonst ist eine einheitliche, zielbewusste Wirtschaftspolitik undurchführbar. Diese Forderungen bedingen auch, daß die lokalen Bestrebungen, die hier und da aufgetreten sind, unter allen Umständen verpaiden.

Sie haken auch mit Wasser.

Wir haben neulich einen Besuch der Frankfurter „Volkshilfe“ gebracht, aus dem ersichtlich ist, daß die namentlich zur Rettung gelangten Herren zur Einsicht gelangt sind, daß auch sie mit Wasser haken müssen. Es ist leider, vom Standpunkt der Opposition aus die Dinge zu kritisieren, als selbst, an das Steuer der Dinge, das Schiff zu lenken. Das müssen wir auch jetzt wieder bei den Beschlagnahmemaßregeln des Lebensmittelkommissars von Frankfurt erleben. Dort sollen nämlich sämtliche Lebensmittelvorräte an Mehl, Getreide, Fett, Eier und Zucker beschlagnahmt werden und den Betroffenen nur ein Vorrat von je 3 Pfund Mehl, Fett und Fett, 4 Pfund Zucker und 20 Eier befristet werden. Die „Volkshilfe“ wendet sich gegen den Erlass mit folgenden Worten:

Der vom Arbeiter- und Soldatenrat eingesetzte Lebensmittelkommissar für die Lebensmittelversorgung in Frankfurt a. M. Dr. Schwabe hat eine in das Privatleben tief einschneidende Verordnung erlassen, die unsere Existenz nicht ganz unbedenklich ist. Er hat verfügt, daß über bestimmte Mengen hinaus Besitze nicht aufbewahrt werden dürfen; insbesondere verordnet er, daß Vorräte an Getreidemehl, Fett, Fleischwaren, Wurst, Fett und Eier beschlagnahmt sind und längstens bis zum 20. November an das benachbarte Lebensmittelamt zu liefern sind. Wir können uns nicht vorstellen, daß man auf diese Weise die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sichern will. Man will damit den großen Familien zu Leibe gehen; aber die Wirkung dürfte wohl eine verheerende sein. Der Direktor Schwabe wird sich doch wohl darüber im Klaren sein, daß mit dieser Verfügung keine Bestände an Lebensmitteln nur um ein wenig geringeres bereichert werden dürfen. Auf der anderen Seite aber dürfte die Wirkung dieser Verordnung eine starke Deprivation in weiten Kreisen der Bevölkerung sein.

Wir haben im Eisenrücken mit dem höchsten Lebensmittelamt bisher in ähnlicher Weise den Schleißhandel und das Gammeln im großen vertrieben und bekämpft. Aber wie die Besetzung ist im 4. Kriegsjahr gestillt, mußten selbst das Generalkommando, die Kommunalverbände und die städtische Lebensmittelstelle nicht nur ein, sondern beide Augen zudrücken gegenüber dem Verhalten der Bevölkerung, die über den Rahmen dessen, was offiziell zur Verfügung gelangt, Lebensmittel zu beschaffen. Darüber waren sich auch die Amtlichen klar, daß mit den zugeteilten Rationen niemand auskommen könnte. Eine Folge der mangelhaften Ernährung, unter der das Volk nun bereits seit nahezu 4 Jahren zu leiden hat, sind die bekannten Krankheitserscheinungen, die in den letzten Monaten Tausende von Menschenleben gekostet haben. Wenn angesichts dieser Zustände jetzt ein erneuter harter Eingriff in die Lebensmittelbestände der Privatverhältnisse verfaßt wird, so erscheint uns dies nach jeder Richtung hin äußerst bedenklich.

Der Lebensmittelkommissar hätte in seiner Verordnung eine Einschränkung dahin treffen müssen, daß die Bestände, die rechtmäßig erworben sind, von der Beschlagnahme ausgenommen werden. Wir denken dabei an die kleinen Zuwendungen, die Angehörige von Familien, Väter, Brüder oder Söhne zeitweilig aus Nummern, Polen und der Ukraine mit Genehmigung der Heeresverwaltung nach Hause geschickt haben. Das gleiche gilt bezüglich der Vorräte, die sich einzelne Haushaltungen tatsächlich erspart haben, z. B. Zucker und andere Sachen. Wir wissen aus tausenden von Fällen, daß Hausfrauen ihren Kindern den Zucker für den Kaffee ersparen, um ihn zu Einnahmestücken zu ersparen. Soll auch solcher Zucker namentlich der Beschlagnahme verfallen?

Selbstverständlich sind wir damit einverstanden und würden es nur bedauern, wenn seitens des Lebensmittelkommissars gegen alle diejenigen Mithilfepersonen eingeschritten würde, die jetzt mit Mehl und Käse noch Lebensmittel aus der Straße nach Hause kommen. Aber von diesen dürfen die Menschen gelöst werden. Weisheit, daß da und dort auch in die Speisevorräte gegen einer reichen Familie im Weiland eingegriffen wird, aber das bringt nicht zu viel ein, wie man erwartet. Wir besichtigen vielmehr bei dieser Beschlagnahme die tiefsten Wirkungen wie bei dem Ansehen gegen die Familien seitens des innerlichen Kriegsmaterials. Die kleinen werden gehängt und die großen läßt man laufen.

Rechenhaft bemerkt scheint uns die Durchführung dieser Verordnung fast unendlich, es ist kein, daß ein ungeduldrer Elch von Kontrollen auf die Bevölkerung losgelassen wird. Wir sind der Meinung, in einer Zeit der allgemeinen Untreue, wie wir sie jetzt durchleben, sollte von Maßnahmen abgesehen werden, die nur geeignet sind, in weite Kreise der Bevölkerung starke Deprivation zu tragen. Wenn man Lebensmittel beschlagnahmt wird, dann bietet sich jetzt in den verschiedenen Durchgangs- und Befestigungsstellen des Militärs viel bessere und schmerzendere Gelegenheiten.

Wir haben die Ausführungen im Wesentlichen gebilligt, weil wir nicht die geringsten anderen Worte finden können, um uns gegen die in Frankfurt beliebten Vorgänge zu wenden. Die Ausführungen aber zeigen, daß auch die „Volkshilfe“ aufhört mit den geordneten Verhältnissen zu rechnen und den Tatsachen gerecht werden muß.

Aus der Heimat.

Friedberg, 23. Nov. Vom hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat geht uns folgender Auszug aus einer besonderen Ausrufung des hiesigen Generalkommandos Frankfurt a. M. zu: Derbesogt das unter keinen Umständen an Private ohne Genehmigung des Generalkommandos oder der Intendantur überlassen werden. Es ist durch Zeitung und öffentlichen Aufruf bekannt zu machen, daß Private, die entgegen dieser Bestimmungen Verzug kaufen, dadurch kein Recht erwerben.

Am Tag in den Verhältnissen und an den Verhältnissen herumliegende wertvolle Gegenstände zu bergen, sind bei den Besatzungsbehörden einzuweisen, wo auch militärische Bestimmungsgüter und Waffen von zu entlassenden Mannschaften aufzubewahren sind.

Getreide, Arznei, Verbandsmittel und Geräte sind von den aufstehenden Formationen an das Getreideamtdepot Frankfurt a. M., Dohrenkaulstraße 8 abzuliefern. Eines jedermanns — Soldat wie Zivilist — dringende Pflicht muß es sein, Getreide, Waffen usw., was auf der Straße und sonstwo gefunden wird, an die genannte Sammelstelle abzuliefern, damit dieses für uns so wertvolle Material nicht verloren geht.

In Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats
Das hiesige Generalkommando 18. A. K.

Friedberg, 23. Nov. Heute nacht wurde wieder ein auf der Strecke Friedberg-Niederrhein lebender Eisenbahnzug, der mit Militärtruppen beladen war, überfallen. Es hat sich zu einem regelrechten Feuer zwischen Posten und Soldaten entwickelt. Die richtig ist es, daß der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat durchgehends, bewilligen derartige Fälle auf neue. Die niedrigen Posten sind bei vielen Verlusten zu entwickeln, daß man auf die Allgemeinheit keinerlei Rücksicht nimmt. Eintragungen wurden — wie bereits gemeldet — auch in der Umgebung Friedbergs gemacht. Es wird daher vom Arbeiter- und Soldatenrat alles gethan, um derartige Fälle zu vermeiden. Auf diese Weise beschlagnahmte Lebensmittel werden der Allgemeinheit zugewandt werden.

Kriegsbeschädigte. Wir machen auf die Mithilfe der Direktion der Hauptbahnen über die Wiederaufnahme des Unterrichts, die sich im Angelegenheit der hiesigen Hauptstadt befindet, aufmerksam.

Friedberg, 23. Nov. Die Train-Eisabteilung 16 hält auf der Gemme am 27. und folgenden Tagen Pferdeversteigerungen.

Friedberg, 23. Nov. Von Donnerstag, den 28. November ab finden in Gießen täglich Pferdeversteigerungen statt. Die Pferdeversteigerungen werden nicht auf dem Trich, wie bereits mitgeteilt, sondern auf dem hiesigen Pferdeplatz am Schloßwehde abgehalten. Sie beginnen vormittags 11 Uhr. Der Kaufpreis ist in bar zu entrichten. Bezahlung in Krongeld, die zum Kennen angenommen wird, ist erwidert. An der Versteigerung dürfen sich in erster Linie nur Landwirte und Gewerbetreibende beteiligen, die durch Beschaffung der örtlichen Behörde (Bauernrat usw.) nachweisen, daß sie Pferde in die Heeresverwaltung abzugeben haben und noch nicht anderweitig ihren Bedarf an Pferden decken können. Händler werden nicht zugelassen. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Provinz-Bauernrats in Gießen, Friedrichstraße 6 (Telefon 160) oder die Pferdekommission in Gießen (Telefon 2115).

Der umgekehrte Schleißhandel. Wenn man so hintenherum sich ein hoches Getreide, sagen wir mal ein Weizenbrot, verschaffen konnte, so hatte die Freude über diesen Erwerb auch eine recht unangenehme Seite, nämlich man mußte auch die Schleißhandelsbesitzer bezahlen, die sich betriebläßig gepfeifert, weil es ja Pfeffer ist nur im Schleißhandel gibt. Dazu kommt noch das unangenehme Benehmen, daß man sich nicht erweichen lassen darf, denn dann ist Butter und Geld weg, und man hat nichts als noch Gelehrtheit, im stillen, jedoch nicht gemächlichen Kämmerlein über sein Schicksal nachzudenken. Das man aber Zeit erweilen kann und daran noch Geld verdient und dabei der Allgemeinheit nicht, das scheint doch noch nicht so bekannt zu sein, wie man es eigentlich erwarten dürfte. Zu Maß und Früchten der Mittelzeit ist daher das Verfahren dieses umgekehrten Schleißhandels betriebläßig: Gehe in den Wald und sammle Bucheckern, die es in diesem Jahre dort in Fülle und Fülle gibt. Bringe die gesammelten Bucheckern zur öffentlichen Versteigerung; man erhält dort für jedes Kilogramm Bucheckern bis zu M. 1.50 und außerdem einen Selbstgehalt, der wiederum für jedes abgetroffene Kilogramm zum Bezug von 60 Gramm Öl berechnigt und zwar für dieses Öl aus der normale Preis gezahlt werden, der etwa 90 bis 95 Pfennig betragen wird. Man hat dann marktenreifes Öl, außerdem noch einen Selbstgehalt; dazu kommt noch das erhebende Bewußtsein, nicht nur für sich selbst, sondern auch für die anderen gekostet zu haben, denn die Menge, die auf den Verkaufserlös erzielt wird, ist etwa die Hälfte dessen, was sich an Spießöl aus den Bucheckern gewinnen läßt, und die andere Hälfte dient dazu, eine vollständige Verdrängung der allgemeinen Nektaration zu verhindern. Während der Schleißhandel die Allgemeinheit schadet und den Geldbeutel recht kräftig erleichtert, nicht der Bucheckernzweiger dem deutschen Volk, versorgt sich mit Fett und fällt ohnedem keinen Geldbeutel.

Frankfurt a. M., 22. Nov. Der Frankfurter Magistrat machte sich vor einigen Tagen mit dem Erlaß an die Wahlenkommissionen, ihn mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Ernennung usw. entgegen dem Willen zu geben, ob Frankfurt in die neutrale Zone oder in das besetzte Gebiet falle. Darauf ist, wie die Frankfurter Zeitung“ vermerkt, der Gehalt eingegangen, daß nach der neuen Auslegung der Bestimmungen Frankfurt teilweise zum Besetzten Gebiet gehöre, teilweise neutrale Zone sei. Der Magistrat bezieht darauf, die Wahlenkommissionen und die Besetzte Verdrängung zu erlauben, darauf hinzuwirken, daß Frankfurt überhaupt nicht besetzt werde, dann eine geordnete Verwaltung sei in einer teilweise besetzten Stadt nicht möglich. — Ueber die Pläne, die den Besetzten Mainz und das anliegende neutrale Gebiet abzugeben, macht jetzt das Kriegsministerium folgende authentische Mitteilung: Das zu besetzende Gebiet hat keine Grenze; Westrand Frankfurt-Rheinberg ausschließlich Grenz einseitig, Erhalten-einseitig-Westrand Darmstadt-Flaunstadt ausschließlich-Grenz einseitig. Die Grenze des neutralen Gebietes verläuft: von Hirsch-Oberbach-westlich Dieburg-westlich Nieder-Mobach-westlich Zimmern-westlich Pöhl und von hier in südlicher Richtung 6 Kilometer westlich Weinhelm bis 3 Kilometer westlich Heideberg.

Frankfurt, 19. Nov. Gut verheiratet haben sich eine Anzahl Geliebter, die von der Front zurück aus der Straße kamen und nach der Heimat kehrten. In Wehrheim wurde gestern ein Eisenbahnwagen beschlagnahmt, der nahezu ganz mit Weizen, Weizenmehl aller Art beladen war, darunter auch eine lebende Kuh, die frischmelkend war und auf der Heide die Kaffermilch lieferte, entlieh. Auf Veranlassung des hiesigen Kriegsmaterials wurde das Tier heute früh nach dem hiesigen Schlachthof übergeführt, um den Fleischmangel nicht allzu sichtbar machen zu lassen. — Ein bedenklicher Unfall ereignete sich am gestrigen Tage in Oberstadt. Ein von der Front kommender mit Geliebten beladener Lastkraftwagen fiel in einer engen Gasse mit einem Wagen der elektrischen Straßenbahn zusammen, wodurch eine Anzahl der Soldaten hienunterkamen und ebenso wie eine Anzahl anderer Verletzungen erlitten, die zum Glück nicht schwerer Natur sind. Der elektrische Wagen erlitt ebenfalls leichte Beschädigungen.

Darmstadt, 19. Nov. Schon wieder ereignete sich ein Einbruch in der Filiale der Firma Schade & Füllhaber in der Holzstraße dahier. Die Diebe schlugen in der verfallenen Nacht eine Eisenkassette ein und hatten schon für etwa 300 M. Barren aller Art an sich genommen, als sie erwischt wurden.

FC. Wehrheim, 20. Nov. Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat hat bei der Besatzung der Front 12 Kisten mit Stearinkerzen, die als Ungezeug an eine hiesige chemische Fabrik geliefert waren. Für die bevorstehende Einbürgerungszeit ist dieses wertvolle Besatzungsmittel eher willkommen. — Vier Stück Personenschiffe wurden in Schönberg ausfindig gemacht und mit Beschlag belegt.

FC. Wehrheim, 20. Nov. In der hiesigen Zuckerraffinerie wurde nichts eingeschoben und Rohrzucker von hohem Werte gestohlen, darunter auch die Hälfte eines geschätzten Schiffs.

FC. Jagenheim (Vertr. Straße), 20. Nov. In der Desinfektionskammer wurde eingeschoben und bedeutende Mengen fertigen Sees und auch Leinwand entwendet.

FC. Vom Eisenbahn, 19. Nov. Großherzog Friedrich und Großherzogin Silda von Baden haben sich mit Gefolge auf Schloß Zwingenberg als Winterferien niedergelassen. Der Arbeiter- und Soldatenrat übernahm die Aufsicht über die Woche auf dem Schloß zu halten und dafür zu sorgen, daß die Großherzoglichen Herrschaften ungestört und unbehindert dort wohnen. Die „Eberbach Zeitung“ schreibt dazu: Wir richten auch an die Bevölkerung die Bitte, den Fürstpaar, das sich in hiesiger Gegend aufhält, nicht in irgendeiner Weise, die den Aufenthalt auf Schloß Zwingenberg so angenehm als möglich zu machen. Der Großherzog, der von uns immer als ein vornehmer, edel ritterlich deutscher Mann anerkannt wurde, soll uns als einer unserer besten Bürger mit seiner Gemahlin am Redar herzlich willkommen sein!

Aus Kleinheffen. Mainz, 25. Nov. Am Dienstag, gegen 10 Uhr vormittags, riefen die 17er nach ihrem neuen Standort Friedberg a. L. Die Soldaten marschieren zu Fuß. Der Weg führt über den Kaiser-Wilhelm-Ring und die Große Weide, über die Brücke nach Colled über den Rhein.

Mainz, 21. Nov. (Es geht frei los!) Der „Hess. Landeszeitung“ schreibt man: Die Zeit ist umherwandelnden englischen Offiziere werden in ihrer Heimat ein nettes Bild der Deutschen entwerfen. Nicht nur die Schulungen, auch manche kleine Wägen umringen freudensprechend und lobend diese Leute. Was müssen diese von der Geisteseröffnung ihrer Bewunderer denken? Freilich! Wehren die Wägen und Wägenzinnen ihre Würde gegenüber der bevorstehenden französischen Besatzung! — We uns von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, wurden im Laufe des gestrigen Abends sechs Frauenpersonen, die sich in argemäßig-reizender Weise mit englischen freigelegenen Offizieren auf dem Straßen und in den Gassen abgaben, von Patrouillen der Militärpolizei aufgegriffen und dem Provinzialgefängnis zurückerführt. Das schamlose Verhalten dieser Frauenpersonen ist uns vornehmlich, als gerade in diesen Tagen unsere hiesigen Truppen in die Heimat zurückkehren.

FC. Worms, 20. Nov. In einer hier abgehaltenen Volksversammlung wurde Klage geführt über den Mangel an Arbeitsmitteln. Die Leute, die sich bemühen, lichten zum Teil die Lage auszuweichen, indem sie außerordentlich hohe Löhne forderten. Rechtlichender Arbeiter hätte wegen Arbeitermangel nicht ausgeladen und weil die vorhandenen Lebensmittel und Futtermittel aus Mangel an Arbeitskräften nicht hätten transportiert werden können, hätten Soldaten auf dem Lande bei den Bauern requirieren müssen. Die Beschaffung von Arbeitskräften ist dringend nötig.

FC. Aus Niederhessen, 20. Nov. Ein Flugzeug stürzte bei Bickhausen ab, der Insassen, zwei Offiziere, waren sofort tot. Der eine derselben wurde als der bekannte Oberleutnant Rittermeister von Görne vom Jägerregiment 14 in Kassel agnoscirt.

Birdliche Nachrichten.

Waldesleben in der Burgkirche.
Mittwoch, 27. Nov. 1918, abends 8 1/2 Uhr: Gemeindeversammlung. Herr Direktor Schoell.

Arbeitsmachtenziger

Des Kreisarbeitsnachweises u. d. Hilfsdienstvereins Friedberg.
Erfundene Stellen:
28 Knedte, 5 Tagelöhner, 1 Reimalter, 2 Bäder, 1 Hauswache, 2 Dienstmädchen, 10 Hausmädchen, 1 Weilerin, 3 Wäscherinnen.

Stellensuchende

Mehrere Mithilfepersonen und ledige Arbeiter, 1 Wärter, 1 Kuchereier oder Backwaren, 1 Kuchereier.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto Dirschel, Friedberg; für den Angelegenheit: A. Schöner, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Kuchereier“, H. G. Friedberg a. L.

